

# FOKUS AHS

## Inhalt

Von: Mag. Isabella Kaiser

### Das österreichische Schulwesen durchlebt gerade turbulente Zeiten.

Der Umbau der Landeschulräte, bzw. des Stadtschulrates in Bildungsdirektionen wurde vollzogen, das Unterrichtspraktikum ist in sein letztes Jahr gegangen, neu einsteigende Kolleginnen und Kollegen sind ab 2019/20 automatisch im neuen Dienstrecht und müssen, so sie nicht heuer das UP absolviert haben, in die Induktionsphase. Die Bestellungsverfahren für Schulleiter/innen werden anders aussehen und neue Testungen stehen bevor, von denen nicht klar ist, welche Rolle diese für die Bildungslaufbahn der Schüler/innen haben werden.

Noch kann niemand sagen, wie sich diese einschneidenden Veränderungen konkret auf unsere Arbeit an den Schulen auswirken werden.

Gerade in Zeiten des Umbruchs ist es wichtig, informiert zu sein, um den Überblick - so dies derzeit möglich ist - zu bewahren und sich bestmöglich auf kommende Herausforderungen vor zu bereiten.

In diesem Sinne bieten wir euch in dieser Ausgabe unserer Zeitung wieder wichtige Informationen und setzen uns

kritisch mit den gegenwärtigen Entwicklungen auseinander:

Wir fragen nach **Sinn und Unsinn von zusätzlichen, punktuellen Testungen**, sowie deren möglichen Einfluss auf die Schullaufbahn von Kindern und die Qualität im Schulwesen, erläutern ausführlich, warum das **neue Lehrer/innen-dienstrecht** einer tickenden Zeitbombe gleichkommt und machen uns Gedanken darüber, warum man in der (bildungs)politischen Diskussion dazu tendiert, sich zuerst mit den eher **nebensächlichen Details** zu befassen, während man wirklich notwendige Maßnahmen wie die Aufstockung der Ressourcen hintanhält.

Nicht zuletzt ist es uns wichtig, euch über die **Personalvertretungs- und Gewerkschaftswahlen im kommenden Herbst** zu informieren - wir bieten einen kurzen Überblick über die zu wählenden Organe, die Vorbereitung der Wahlen, sowie die dabei einzuhaltenden Fristen.

**In diesem Zusammenhang stellt sich unsere neue Spitzenkandidatin Patricia Gsenger vor, die unseren Michi Zahradnik ablösen wird, der diese Aufgabe bravourös seit 2000 wahrgenommen hat.**

**Dafür ein herzlichstes:  
DANKE, MICHII!!!**

### Vorsicht Testung

Sind "Kompetenz- und Potenzialmessungen" die neuen Aufnahmeprüfungen? Hintergründe und Maßnahmen.

Seite 2

### Fokus Wissenswert

Herabsetzung der Lehrverpflichtung BVA-Zuschüsse

Seite 3

### Die Bombe tickt

Warum birgt das neue Dienstrecht jede Menge sozialen und pädagogischen Sprengstoff? Was sind die möglichen Folgen?

Seite 5-6

### Patricia Gsenger – unsere Spitzenkandidatin stellt sich vor

Was motiviert sie, sich für die Kolleginnen und Kollegen einzusetzen?

Seite 11

### Das Unnötige zuerst!

Warum ist der öffentliche Diskurs über Unwichtiges ebenso einfach und populär?

Seite 12-14

## IMPRESSUM

Herausgeber: FSG ahs,  
Vorsitzender: Mag. Michael Zahradnik,  
Wien,  
Chefredakteurin: Mag. Isabella Kaiser,  
Druck: Druckerei Berger, Horn

www.ahs-aktuell.at  
ahs.aktuell@gmx.at

Alle Bildrechte liegen beim Herausgeber

# VORSICHT TESTUNG

## Was steckt hinter den "Kompetenz- und Potentialmessungen" in der 3. und 4., sowie der 7. und 8. Schulstufe?

Eine durchschnittliche Schüler/in der Sekundarstufe 1 hat pro Schuljahr 1050 Gelegenheiten, zu lernen und zu zeigen, was er oder sie an Wissen und Fähigkeiten erworben hat - ca. 30 Wochenstunden in ca.35 Unterrichtswochen.

Umgerechnet auf 4 Schuljahre ergeben sich damit 4200 Optionen, Interesse und Wissen zu demonstrieren. Selbst, wenn man davon ausgeht, dass es zahlreiche Gründe geben kann, dass der Unterricht ausfällt, bieten sich immer noch mehr als 4000 Gelegenheiten dazu - Schularbeiten, Tests, Projektarbeiten, Prüfungen, die ja eine größere Stoffmenge umfassen, noch gar nicht mit gerechnet.

Man sollte annehmen, dass ein Mosaik, das sich aus über 4000 Einzelteilen zusammensetzt, ein ebenso umfassendes wie detailliertes und damit aussagekräftiges Gesamtbild ergibt.

Doch nun ist geplant, die in den letzten Jahren durchgeführten Standardtestungen durch "Kompetenz- und Potentialmessungen" zu ersetzen, die einerseits den Eltern besseren Aufschluss über das Potenzial ihrer Kinder geben und den Lehrer/innen und Lehrern eine zusätzliche Entscheidungsgrundlage bieten sollen - durch die Validierung der Note, die laut Bundesminister Faßmann "keine große Varianz zu den Messergebnissen aufweisen"<sup>1</sup> könne.

Wörtlich genommen würde das bedeuten, dass die punktuelle "Messung" die Note, die sich aus tausenden Einzelleistungen zusammensetzt, validiert - also auf ihre Aussagekraft bezüglich des Erreichens eines Zieles überprüft wird.

Sollte es nicht eigentlich umgekehrt sein?

### Testung = Aufnahmeprüfung?

Handelt es sich dabei also um eine Art von nicht deklarierten Aufnahmeprüfungen beim geplanten Übertritt in eine weiterführende Schulart - speziell von der Volksschule in eine AHS, wie sie ja im Regierungsprogramm - zumindest temporär - vorgesehen sind? Und das bereits in der dritten Schulstufe, also ein Jahr vor dem möglichen Übertritt? Bundesminister Faßmann spricht davon, dass "höchstwahrscheinlich" die Zeugnisnote ausschlaggebend für die Berechtigung des Besuches einer AHS bleiben wird.<sup>2</sup>

Bildungswissenschaftler Stefan Hopmann von der Universität Wien bezeichnet es als "völlig unverantwortlich", würden diese Tests, die er als "pseudoobjektives Verfahren" bezeichnet, als Aufnahmekriterien herangezogen werden.<sup>3</sup>

Es bleibt zu hoffen, dass sich in dieser Materie Vernunft und Wissenschaft durchsetzen und die Ergebnisse dieser Testungen maximal als zusätzliches Feedback für alle Beteiligten dienen soll und nicht irgendwann zu heimlichen oder ganz und gar unheimlichen Aufnahmekriterien verkommen, die die eigentliche Arbeit, die Leistung und Leistungsfähigkeit eines Kindes überschattet und die Expertise von Lehrerinnen und Lehrern zumindest in Frage stellen.

Wenn man das österreichische Schulwesen weiterentwickeln möchte, ist es notwendig, mit allen Schulpartner/innen in einen offenen Dialog zu treten und die Lehrerinnen und Lehrer, als die eigentlichen Bildungsexperten in Österreich zu fragen, welche Vorschläge sie haben, bzw. was sie benötigen, um die

Mag. Isabella Kaiser  
(Chefredakteurin)



Unterrichtsqualität zu steigern und optimale Rahmenbedingungen für das Erreichen einer möglichst umfassenden Bildung zu schaffen, die es unseren Schülerinnen und Schüler ermöglicht, zu selbstbestimmten, kritischen, couragierten Menschen und verantwortungsbewussten Entscheidungsträger/innen unserer Gesellschaft zu wachsen. Damit könnte man auch das wichtigste aller Bildungsziele erreichen - der Abbau sozialer Unterschiede.

Investitionen in folgenden Bereichen würden uns diesem Ziel näher bringen:

- Ressourcen für kleinerer Gruppen in allen Gegenständen
- zusätzliches Unterstützungspersonal (Sozialarbeiter/innen, Schulpsycholog/innen...)
- Mehr Ressourcen für individuelle Förderung von Schüler/innen in allen Gegenständen
- Administrative Entlastung der Lehrer/innen, um sich noch intensiver und vermehrt ihren pädagogischen Aufgaben widmen zu können
- Bessere Ausstattung der Schulen, auch in Bezug auf die Nachmittagsbetreuung

Wie hat der sozialdemokratische Wiener Stadtrat Julius Tandler schon vor mehr als hundert Jahren so treffend festgestellt:

**"Wer Kindern Paläste baut, reißt Kerkermauern nieder".**

**Die bestmögliche Bildung für alle, unabhängig von sozialer oder physischer Herkunft, ist die Voraussetzung für eine solidarische Gesellschaftsordnung, eine funktionierende Demokratie und wirtschaftliche Prosperität. Setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass diese Werte nicht durch Spar- oder andere politische Maßnahmen gefährdet werden!**

<sup>1</sup> <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/fassmann-politischer-diskurs-unglaublich-oberflaechlich-62609107> <sup>1</sup>

<https://www.sn.at/politik/innenpolitik/fassmann-politischer-diskurs-unglaublich-oberflaechlich-62609107>  
<sup>2</sup><https://orf.at/v2/stories/2430801/2430798/>

# FOKUS WISSENSWERT

Mag. Isabella Kaiser  
(FA Wien)



## HERABSETZUNG DER LEHRVERPFLICHTUNG

Für viele Kolleginnen und Kollegen stellt sich irgendwann in ihrer Berufslaufbahn - aus den unterschiedlichsten Gründen - die Frage nach einer Herabsetzung der Lehrverpflichtung.

Es gibt folgende Möglichkeiten zu reduzieren:

### 1) Aus beliebigem Anlass:

- gem. §20 VBG, bzw. §§ 50a und 213 BDG:

**ACHTUNG:** Diese Form der Reduktion kann bei Vertragsbediensteten nur 5 Jahre, bei Beamt/innen 10 Jahre während der gesamten Berufslaufbahn in Anspruch genommen werden, bei einer Reduktion über diese Zeit hinaus wird der Vertrag auf das zuletzt bestehende Beschäftigungsausmaß gekürzt.

Die Reduktion darf maximal bis auf die Hälfte (10 WE) erfolgen.

- gem. § 20 VBG, bzw. §§50a und 213 Abs.2b BDG (Neue Teilzeit):

Diese kann zeitlich unbegrenzt in Anspruch genommen werden, jedoch ist hierbei eine Reduktion lediglich auf ein Beschäftigungsausmaß zwischen 19 und 20 WE möglich (also um max. 1 WE unter 20).

**Auf Reduktion aus beliebigem Anlass besteht kein Rechtsanspruch, diese muss von der Direktion genehmigt werden. Es gibt keine gesetzliche Antragsfrist**

### 2) Zur Kinderbetreuung:

- gem § 20 VBG, bzw. §§50b und 213BDG:

Diese kann bis zum Schuleintritt jedes im Haushalt der Lehrperson lebenden und zu betreuenden Kindes in Anspruch genommen werden, darf maximal die Hälfte der Lehrverpflichtung betragen und ist zwei Monate vor dem geplanten Beginn einzureichen.

- gem §§ 15h und 23 Mutterschutzgesetz, bzw. §§8 und 10 Väter-Karenzgesetz:

Diese muss nicht ein volles Schuljahr umfassen und kann bis zum siebenten Lebensjahr oder einem späteren Schuleintritt eines Kindes in Anspruch genommen werden, wenn das Dienstverhältnis zum Zeitpunkt des Antritts der Teilzeitbeschäftigung ununterbrochen drei Jahre gedauert hat. Sie muss 3 Monate ( 2 Monate bei einer Dauer von unter 2 Monaten) vorher eingereicht werden, wobei Beginn, Dauer und Ausmaß der Teilbeschäftigung bekannt gegeben werden müssen.

# FOKUS WISSENSWERT

MMag. Patricia Gsenger  
(FA Niederösterreich)



## BVA Zuschüsse

Die BVA gewährt folgende Zuschüsse:

	Betrag	
Mundhygiene	35€	2x pro Kalenderjahr, ab 11. Lebensjahr
Parodontalbehandlung	75,70€	2x pro Kalenderjahr, 10% Behandlungsbeitrag für nicht befreite Personen
Pneumokokkenimpfung	15€	Ab 51. Lebensjahr für chronisch erkrankte Personen und immungeschwächte Personen
Fissurenversiegelungen	20€	Nur bei bleibenden Zähnen
Gripeschutzimpfung	17€	
Krone, Brückenglied	450€	Je Stück, im Fall der Unentbehrlichkeit
Implantat	700€	Je Stück, im Fall der Unentbehrlichkeit
Krone, Brückenglied	200€	Je Stück, im Fall der Entbehrlichkeit
Implantat	350€	Je Stück, im Fall der Entbehrlichkeit
Gegossener Stiftaufbau bei Klammerzahnkronen	100€	
Halteelemente	100€	Steg, Druckknopf, Anker
Akupunktursitzung	15€	Je Sitzung
Chirotherapie	15€	Je Therapie
Psychotherapeutische Einzelsitzung	23,35€	ab 25 Minuten
Psychotherapeutische Einzelsitzung	40€	ab 50 Minuten
Psychotherapeutische Gruppensitzung	9,34€	ab 45 Minuten
Psychotherapeutische Gruppensitzung	13,34€	ab 90 Minuten

### BVA Unterstützungsfonds

Für folgende Aufwendungen können Unterstützungen gefördert werden, wenn durch Krankheit, Gebrechen oder Mutterschaft finanzielle Belastungen entstehen, die zu einer finanziellen Notlage führen:

- Für medizinische Untersuchungen oder Behandlungen
- Für soziale Maßnahmen der Rehabilitation, speziell zum Ausgleich von Nachteilen durch eine Behinderung
- Wegen Pflegebedürftigkeit (Geräte zur Pflegeunterstützung, ausgenommen Pflegedienste)
- Für Haushaltshilfe oder Kinderbetreuung, sollte die haushaltsführende Person wegen Krankheit oder Entbindung ausfallen

Die Höhe der Unterstützung richtet sich im Einzelfall nach der Leistungsart, der Summe der Kosten und dem Grad der Notlage.

Genauere Informationen unter <http://www.bva.at/cdscontent/?contentid=10007.676763>

# FOKUS DIENSTRECHT



MMag. Patricia Gsenger  
(FA Niederösterreich)

## Die Bombe tickt!

**Pädagog/innenbildung Neu – das ist die tickende Bombe, die im AHS-Bereich unweigerlich ihre zerstörerischen Spuren hinterlassen wird.**

Ein Blick zurück: Im Jahr 2013 wurden von der damaligen Regierung ein neues Lehrerdienstrecht und auch eine Neuregelung der LehrerInnenausbildung – wohlgermerkt ohne Zustimmung der Gewerkschaft – beschlossen. Durch das neue Dienstrecht ergeben sich für die meisten Kolleginnen und Kollegen deutliche, vor allem finanzielle, Nachteile. Daher optierten bis jetzt praktisch alle Junglehrerinnen und Junglehrer im AHS-Bereich für das alte Dienstrecht, aber auch diese Übergangsfrist läuft mit dem heurigen Schuljahr aus. Deutlich gravierendere Auswirkungen auf den laufenden Schulbetrieb, die Situation am Arbeitsplatz und schlussendlich auf die Qualität der Bildung im AHS-Bereich wird die Neuregelung der Ausbildung mit sich bringen.

Die Fakten:

Anstellungsvoraussetzung ist ein absolviertes Bachelorstudium.

Direkt im Anschluss an das Bachelorstudium oder berufsbegleitend kann/muss ein Masterstudium absolviert werden.

Eine dauerhafte Anstellung (unbefristeter Vertrag) setzt den Abschluss des Masterstudiums innerhalb von 5 Jahren voraus. Das Dienstverhältnis kann andernfalls von Seite des Dienstgebers beendet werden.

Die Anstellung erfolgt im Rahmen des neuen Dienstrechts planmäßig als volle Lehrverpflichtung (20 bis 24 Unterrichtseinheiten pro Woche).

Zusätzlich müssen Seminare/Lehrgänge der Pädagogischen Hochschule besucht werden.

Der Junglehrer bzw. die Junglehrerin wird im ersten Dienstjahr von einem

Mentor bzw. einer Mentorin betreut (Induktionsphase).

Das bislang höchst erfolgreiche Modell des Unterrichtspraktikums wird nicht fortgeführt.

Die Folgen:

Die Erstanstellung erfolgt bereits nach absolviertem Bachelorstudium, die jungen Kolleginnen und Kollegen werden daher zwangsläufig fachlich (noch) nicht das Niveau der ehemaligen Lehr- amtsabsolventinnen und -absolventen erreichen.

Bislang entsprach die Unterrichts- und Hospitationstätigkeit der Unterrichtspraktikantinnen und -praktikanten in etwa dem Arbeitsumfang einer halben Lehrverpflichtung. Ab kommandem Schuljahr werden, sofern die entsprechenden Werteinheiten an der Schule vorhanden sind, alle Junglehrerinnen und -lehrer 20 bis 24 Unterrichtseinheiten (je nach Fächerkombination und Einrechnungen) in den Klassen verbringen. Dies entspricht nach jetzigem Stand einer mehr als vollen Lehrverpflichtung.

Neben den bereits genannten Anforderungen kann berufsbegleitend ein Masterstudium absolviert werden. Die Junglehrerinnen und -lehrer werden somit nicht nur mit einer enorm hohen Unterrichtsverpflichtung, sondern zusätzlich auch mit den Anforderungen eines Vollzeitstudiums belastet sein. Eine Überforderung vieler Kolleginnen und Kollegen scheint vorprogrammiert. Die vorgesehenen Hospitationen werden die jungen Kolleginnen und Kollegen zusätzlich belasten.

Darüber hinaus müssen auch verpflichtend Induktionslehrveranstaltungen der Pädagogischen Hochschule besucht werden. Auch wenn die Seminare wichtige Inhalte vermitteln, so stellen sie zweifelsohne eine weitere zeitliche Belastung für die Junglehrerinnen und -lehrer dar.

Ein Ausblick:

Junglehrerinnen und -lehrer werden am Beginn ihrer Laufbahn zwangsläufig fachlich nicht über vergleichbare Qualifikationen wie ihre Vorgänger verfügen.

Das Masterstudium wird entweder berufs begleitend kaum zu absolvieren sein oder aber so geringe Anforderungen an die Studierenden stellen, dass die Qualität der Ausbildung dabei auf der Strecke bleibt.

Junglehrerinnen und -lehrer werden auf Grund der hohen Lehrverpflichtung nicht in der Lage sein, die Unterrichtseinheiten entsprechend vor- und nachzubereiten. Die Qualität des Unterrichts wird daher deutlich sinken.

Auf Grund der systemimmanenten Überforderung wird die Motivation der Junglehrerinnen und -lehrer drastisch sinken.

Eine nicht unerhebliche Zahl der jungen Kolleginnen und Kollegen wird das erste Dienstjahr vorzeitig und freiwillig beenden.

Jene Junglehrerinnen und -lehrer, die im Dienstverhältnis verbleiben, werden aus angeführten Gründen versuchen, den Unterricht mit möglichst geringem Aufwand zu gestalten. Der Qualität des Unterrichts wird dies keineswegs zuträglich sein.

Die tatsächliche wöchentliche Arbeitsleistung (inklusive Studium und PH-Seminare) einer Junglehrerin/eines Junglehrers könnte bei voller Lehrverpflichtung ab kommandem Schuljahr bis zu 70 Stunden und darüber betragen.

Auch wenn auf Grund der Kombination von Ausbildungs- und Dienstverhältnis hier vermutlich kein Verstoß gegen das Arbeitszeitgesetz von Seiten des Dienstgebers vorliegen wird, muss die Frage der Zumutbarkeit gestellt werden dürfen.

Ein Appell:

ZURÜCK AN DEN START!

Die Pädagog/innenbildung Neu muss dringend überarbeitet werden.

Ein Modell, welches sich am bewährten Unterrichtspraktikum orientiert, muss etabliert werden.

Quellen:

<https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/pbneu/fakten/fakten.html>

<https://pixabay.com/de/bombe-explosion-1602109/>

[https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/lehrdr/ldr\\_broschuere.pdf?6592d9](https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/lehrdr/ldr_broschuere.pdf?6592d9)

[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/II\\_00001/name\\_331526.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/II_00001/name_331526.pdf)



# FOKUS WAHLEN

Von Mag. Isabella Kaiser

## PV-Wahlen 2019 - ein Überblick

Im Herbst 2019 finden Personalvertretungs- und Gewerkschaftswahlen statt.

Folgende Personalvertretungsorgane werden neu gewählt:

### Dienststellenausschuss (DA):

Am Schulstandort: Das Gegenüber ist die Direktion. Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Befassung mit der Lehrerfächerverteilung (LFV)

**Wahlberechtigt** sind alle am Schulstandort tätigen Bundeslehrer/innen. Kolleg/innen, die an mehreren Standorten eingesetzt sind, dürfen an allen Standorten den DA mitwählen.

### Fachausschuss (FA):

Im Bundesland: Das Gegenüber ist die Bildungsdirektion. Behandlung von PV-Agenden, die über den Schulstandort hinaus gehen (z.B. Einsprüche gegen LFV)

**Wahlberechtigt** sind alle Bundeslehrer/innen im Bundesland, diese dürfen nur einmal ihre Stimme für den FA abgeben - üblicherweise an der Stammschule.

### Zentralausschuss (ZA):

Im Bundesbereich: Das Gegenüber ist das Ministerium. Behandlung von PV-Agenden über das einzelne Bundesland hinaus.

**Wahlberechtigt** sind alle Bundeslehrer/innen in Österreich, die Stimmabgabe ist nur einmal an der Stammschule möglich. (vergl. FA)

Grundlage für die Arbeit aller Personalvertretungsorgane ist das Bundes-Personalvertretungsgesetz (PVG). Die Funktionsperiode der einzelnen Organe beträgt 5 Jahre.

Die **Wahlberechtigung** ist an ein aufrechtes Bundesdienstverhältnis einen Monat vor dem **Stichtag, dem 42. Tag vor dem Wahltag** ist, gebunden.

Die Einreichung der Wahlvorschläge muss spätestens einen Monat vor dem **Wahltag beim jeweiligen Wahlausschuss** erfolgen.

Die Mitglieder der **Wahlausschüsse**, die für die Durchführung der Wahlen

sowie für Erstellung der Wähler/innenlisten verantwortlich sind, werden von den jeweils neu zu wählenden Organen bestimmt.

**Die gesetzlichen Grundlagen der PV-Wahlen sind nachzulesen im PVG §§ 15 bis 20 und der PV-Wahlordnung (PVWO)**

### Gewerkschaft

Die Bundesbediensteten sind in der GÖD (Gewerkschaft Öffentlicher Dienst) organisiert. Die Gewerkschaft ist ein **Verein mit freiwilliger Mitgliedschaft, ihre Kompetenzen sind nicht gesetzlich festgelegt** – sie darf sich zu Themen äußern und in diese einbringen, für die die PV nicht zuständig ist, z.B. Gehaltsverhandlungen oder Ressourcenzuteilung, u.v.m, darf als einzige Organisation einen Streik ausrufen, bietet Services, wie berufsbezogene kostenlose Rechtsberatung und ggf. auch Rechtsvertretung.

Gewählt werden die **gewerkschaftlichen Betriebsausschüsse** (GBA) an den Schulen sowie - **überall, außer in Wien - die Landesleitungen** der Gewerkschaft. In Wien wird das Ergebnis der Wahlen zu den GBAs auf Landesebene umgelegt.

Zu den gewerkschaftlichen Organen sind nur Gewerkschaftsmitglieder wahlberechtigt.

**Eine Gewerkschaft ist immer nur so stark wie die Zahl ihrer Mitglieder!!!**

**EIN BETRITT IST JEDERZEIT MÖGLICH**

<https://www.goed.at/mitgliedschaft/goed-mitglied-werden/>

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wie gewohnt findet ihr an dieser Stelle Informationen und Angebote unseres Kooperationspartners, der **MERKUR - Versicherung**. Dieses gewerkschaftsnahe Versicherungsunternehmen unterstützt uns seit Jahren. Eine Zusammenarbeit ergab sich schon daraus, dass sich die Merkur seit Jahrzehnten der Anliegen der Lehrer und Lehrerinnen annahm und annimmt.

Die derzeitige einzige zinsenbringende Sparform per „§3-Vertrag“ haben wir hier das letzte Mal erklärt. Wer diese noch nicht wahrnimmt, sollte sich rasch darüber informieren. Hier lässt man sonst Geld liegen. Hier bietet sich nämlich eine Möglichkeit, sich vom Staat, der per „Neuem Lehrer Dienstrecht“ den künftigen KollegInnen einiges an Gehalt vorenthalten wird, wenigstens ein bisschen etwas davon zurückzuholen. (Was selbstredend nicht bedeutet, dass die Gewerkschaft nachlassen würde, gegen solche Verschlechterungen anzukämpfen. Auch um eine Weiterführung des Unterrichtspraktikums ringen wir derzeit heftig.)

Diesmal stellt die Merkur-Versicherung ihre neuen Angebote unter anderem bei der „Gesundheitvorsicherung“ oder der Rechtsschutzversicherung vor. Aber auch in allen anderen Versicherungsfragen, insbesondere solchen, die für uns PädagogInnen von Interesse sind, steht das Team von Alexander Wondrak und Sonja Misliwetz (Kontaktadressen unten) euch zur Verfügung. Diese beiden sind gewissermaßen „Lehrer-Spezialisten“ (bitte alle Gender-Endungen mitdenken) und für alle eure Fragen offen.

Euch wünschen wir viel Kraft für die kommenden Monate, die mit VWA-Präsentationen und Reifepfungen viel Kraft und Einsatz erfordern werden. Viel Erfolg euch und euren SchülerInnen wünscht Michael Zahradnik



**MERKUR**<sup>e</sup>  
DIE VORSICHERUNG.

Alexander Wondrak 0664/5366456

[alexander.wondrak@merkur.at](mailto:alexander.wondrak@merkur.at)

Sonja Misliwetz 0676/6068856

[sonja.misliwetz@merkur.at](mailto:sonja.misliwetz@merkur.at)

## Merkur Vorsicherung

Exklusive Versicherungen für Lehrerinnen und Lehrer\*



**Sie haben Verantwortung  
für unsere Jugend.  
Wir übernehmen Verantwortung  
für Ihre Zukunft.**

\* gilt für Lehrerinnen und Lehrer von Pflichtschulen, AHS und BMHS  
(ausgenommen Tirol)

  
**MERKUR**  
DIE VORSICHERUNG.

## Merkur Vorsicherung

Exklusive Versicherungen für Lehrerinnen und Lehrer\*

---

Vertrauen Sie nur den Klassenbesten:

# Merkur Vorsicherung – eine der führenden Personenversicherungen

Die Merkur Vorsicherung ist seit 1798 der Spezialist für die umfassende Absicherung der Zukunft ihrer Kunden. Fünf Mal in Folge wurde die Merkur beim Assekuranz Award mit „Sehr gut“ ausgezeichnet. Von der innovativen Krankenversicherung über Unfall-, Rechtsschutz-, Haftpflicht-, Haushalts- und Eigenheim-Versicherung bis zur Zukunftssicherung nimmt Ihnen die Merkur viele Sorgen ab. Damit Sie den Kopf freihaben für Ihr Leben und Ihre Berufung: Sie formen unsere Zukunft, wir arbeiten für Ihre!



# Mercur Vorsicherung

## Exklusive Versicherungen für Lehrerinnen und Lehrer\*

### Mercur Gesundheitsvorsicherung

**Für alle, die nur eines für ihre Gesundheit wollen: das Beste**

- Top-Prämienkonditionen durch Lehrer-Gruppen-Rabatt für Sie und Ihre Familie
- Gesundheitsvorsorge auf höchstem Niveau
- bestmögliche Versorgung im Krankenhaus und freie Arztwahl in Privatkliniken
- Verringerung der Versorgungslücke
- maßgeschneiderte Produkte für individuelle Möglichkeiten und Bedürfnisse

### Mercur Rechtsschutz und Haftpflicht

**Leben und arbeiten mit Absicherung**

- Top-Prämienkonditionen durch spez. Rabatte
- Haftpflicht-Versicherungsschutz im Rahmen der Lehr- und Aufsichtstätigkeit
- Deckung von Schadenersatzverpflichtungen aufgrund des Amtshaftungsgesetzes inkl. reiner Vermögensschäden
- Deckung von Schadenersatzverpflichtungen aufgrund des Organhaftungsgesetzes
- spezielle Rechtsschutz-Deckung für Lehrer im Bereich Schadenersatz- und Strafrechtsschutz im Berufsbereich

### Mercur Lebensvorsicherung

**Mit Sicherheit mehr Lebensfreude**

- sparen und vorsorgen, Erreichtes absichern und die Familie schützen, investieren und Risiken minimieren
- flexible und maßgeschneiderte Lösungen

### Mercur Zukunfts-sicherung nach § 3 Abs. 1 Z 15 lit. a EStG

**Mit Steuerbonus einen beruhigenden -Zukunftspolster-schaffen-**

- die Monatsprämie von EUR 25,- ist lohnsteuerfrei
- die Veranlagung ist kapitalertragssteuerfrei
- die Kapitalauszahlung ist bei Pensionsantritt steuerfrei
- Ertragsoptimierung durch spezielle Gruppenkonditionen
- garantierter Rechnungszins und zusätzliche Gewinnbeteiligung

### Mercur Haushalt und Eigenheim

**Daheim wohlfühlen und die Sicherheit der eigenen vier Wände genießen**

- Schutz Ihres Zuhauses
- Top-Prämienkonditionen durch spezielle Rabatte
- spezielle Leistungserweiterungen exklusiv für Lehrerinnen und Lehrer

### Mercur Rundum sicher Unfallvorsicherung

**Damit ein Unfall nicht zum Unglück wird**

- weltweiter Versicherungsschutz – egal ob in der Schule, im Verkehr, in der Freizeit oder im Haushalt
- Versicherungsschutz rund um die Uhr
- Top-Leistungsmodell

# FOKUS Wahlen



## Patricia Gsenger – unsere Spitzenkandidatin

Meine Arbeit als AHS- Lehrerin ist meine Berufung und macht mir Spaß. Ich bin am BORG Wiener Neustadt tätig und dankbar dafür, Jugendliche ein Stück ihres Weges begleiten und sie in Mathematik, Psychologie und Philosophie und Wissenschaftlichem Arbeiten unterrichten zu dürfen. Ein für mich wichtiges Anliegen ist auch Gemeinschaft und soziales Miteinander. In der unverbindlichen Übung Soziales Lernen nehme ich mit Schülerinnen und Schülern an vielen sozialen Projekten teil. Zu diesem Bereich zählt für mich auch die Erste -Hilfse-Kurse, die ich an unserer Schule halten darf. Nicht nur die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler, sondern auch die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen liegen mir am Herzen. Schon seit längerer Zeit bin ich an unserer Schule GBA-Vorsitzende und FSG-Vorsitzende der AHS Gewerkschaft Niederösterreich.

Die Wahl zur Spitzenkandidatin der FSG AHS habe ich mit Freude angenommen. Ich bin mir der Verantwortung bewusst und werde die Aufgaben mit großem Einsatz und voller Überzeugung erfüllen, gemeinsam mit einem Team, dem das Wohl aller Lehrerinnen und Lehrer ein zentrales Anliegen ist.

Für mich ist das Miteinander wichtig und daher lege ich Wert auf eine gute Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen, wenn es darum geht, das Beste für alle Lehrerinnen und Lehrer zu erreichen. Jedes Anliegen ist ein wichtiges, ich werde es ernst nehmen und mich bestmöglich für alle Kolleginnen und Kollegen einsetzen.

### FSG GÖD Niederösterreich

In Kirchberg am Wechsel fand vom 26. bis 27. Februar 2019 ein Schulungskurs der FSG GÖD Niederösterreich statt. Der Vorsitzende der FSG GÖD Hannes Gruber referierte über aktuelle gewerkschaftliche und politische Themen. Bei diesem Zusammentreffen waren alle in der GÖD vertretenen Berufsgruppen vor Ort. Die Vorsitzenden der einzelnen Berufsgruppen berichteten über die unterschiedlichen berufsspezifischen Problemfelder. Ziel der Veranstaltung war es die Kooperation der einzelnen Berufsgruppen untereinander zu verbessern.



Foto: v.l.n.r.  
Hannes Gruber, MMag. Patricia Gsenger

### GÖD AHS Burgenland

Vom 28.2. bis 1.3.2019 veranstaltete die GÖD AHS Burgenland in Stegersbach einen überfraktionellen Schulungskurs. Über aktuelle Themen aus der gewerkschaftlichen Arbeit sowie über das neue Lehrerdienstrecht informierten Mag. Michael Zahradnik (FSG Vorsitzender AHS Gewerkschaft, Stv. Vorsitzender AHS Gewerkschaft) und Mag. Herbert Weiß (Vorsitzender AHS Gewerkschaft). Dipl. Ing. Walter Kolonovits stellte den Leitfaden zur PV Wahl 2019 vor.

In der fraktionellen Beratung referierte MMag. Patricia Gsenger über die Organe der Personalvertretung und gab einen Einblick in die Organisation von ÖGB und GÖD.



Foto: v.l.n.r.  
Mag. Hannes Aublinger, Mag. Michael Zahradnik, MMag. Patricia Gsenger und MMag. Dr. Markus Neuhold

# Fair-Sozial-Gerecht



Mag. Michael Zahradnik  
(Stv. Vorsitz Gew. AHS)

## Das Unnötige zuerst!

**Denn es ist meist billiger zu haben. Und das Wichtige können/wollen wir uns nicht leisten.**

Die Regierung hat gute Umfragergebnisse. Denn sie streitet ja nicht, sondern hat sich lieb. Und gestaltet deshalb viel Gutes. Polizeipferde und Raucherlaubnis. 140 km/h und Herbstferien. Ziemlich toll, nicht? Oder bräuchten wir eventuell ganz etwas anderes als sowas?

### An den Schulen

Hier wurden gerade Herbstferien beschlossen (Ministerrat, 20.2.) Genaue Details weiß man noch nicht. Aber laut BK Kurz „werden einheitliche Herbstferien kommen.“<sup>4</sup> Den ElternvertreterInnen taugt das gar nicht. APS-Elternvereinsvertreterin Evelyn Kometter begründet ihre „absolute“ Ablehnung: „Die pädagogische Sinnhaftigkeit spricht dagegen. Die Kinder sind da gerade in einer tiefen Lernphase, das sagen auch viele Lehrerinnen und Lehrer.“<sup>5</sup> Ebenso können die Elternvereine der mittleren und höheren Schulen Herbstferien nichts abgewinnen. Sie begründen dies mit Betreuungsschwierigkeiten. Kometter verlangt „für diese Tage eine pädagogisch qualitätsvolle Gratisbetreuung für die Kinder“<sup>6</sup> In den Postings dazu

meinte „Chief Strategy Officer“ dazu: „Die Schüler haben Ferien und die Lehrer nicht. Das wird einen Wirbel geben.“ Da könnte er Recht haben. In den Medien war auch zu lesen, die Kids hätten Ferien, die Lehrkräfte dürften/müssten sich fortbilden. Fassmann wurde zitiert: „Die Ferienzeiten könne von Lehrern für Fortbildungen genutzt werden, wenn diese notwendig seien.“<sup>7</sup> Wird interessant, wer das bestimmen wird. Und die Standard-Posterin Silaniba schrieb mir aus der Seele, als sie meinte: „Ich verstehe überhaupt nicht, warum betreffend Bildung ausgerechnet über das Thema Herbstferien diskutiert wird. Das ist wie das „140“-er Thema von Hofer: Polemik und Ablenkung...Es gäbe so viel inhaltlichen Reformbedarf im Bildungswesen! Stattdessen speist man uns mit leicht verdaulichen Ersatz-Themen ab...und alle fallen drauf rein...“<sup>8</sup>

Ja, genau. Kurz einmal aufgezählt bzw. an dieser Stelle wieder einmal wiederholt: Österreichs SchülerInnen sprechen zu 25 % NICHT Deutsch als Umgangssprache. In Wien ist es rund die Hälfte. Das war, als rund die Hälfte der derzeitigen Lehrkräfte zu arbeiten begann, nicht vorstellbar. Jetzt ist es so, das sind die Fakten, diese Kids sind wesentliche Teile der österreichischen

Jugend und bräuchten die bestmögliche Förderung. Denn wir alle werden diese Kids brauchen. Man sollte meinen, dass diese Situation dazu geführt hätte, dass die nötigen Ressourcen ins Bildungssystem geflossen wären. Dass also diese Ressourcen deutlich aufgestockt worden wären. Fakt ist leider genau das Gegenteil: Gemessen am BIP sind die Budgets für Schulen drastisch gesunken. Ein verpflichtendes zweites Kindergartenjahr stand zwar in jeder Regierungserklärung – kam aber nie. Beim Unterstützungspersonal lag Österreich laut TALIS-Studie (siehe Graphik) hinter der Türkei weit abgeschlagen am letzten Platz. Es fehlt an Sozialarbeitern und Schulpsychologinnen, an Sekretärinnen und Fremdsprachenlehrern. Es gibt einfach kaum Unterstützung, worin auch immer.

Für die schwieriger gewordenen Situation wurden Österreichs LehrerInnen mit diversen Sparpaketen und Kürzungen „belohnt“. Und da ist das berüchtigte „Neue Lehrerdienstrecht“ (NLDR) noch gar nicht dabei. Im Juli 2017 wollte die damalige BM Hammerschmid 5000 zusätzliche Lehrkräfte in

<sup>4</sup> Zit. nach: Nimmervoll, Lisa. Pflichtschulleitern fordern Gratisbetreuung für Herbstferien. IN: STANDARD, 31.1, 2019

<sup>5</sup> ebenda

<sup>6</sup> ebenda

<sup>7</sup> <https://kurier.at/politik/inland/fassmann-verkuendet-einheitliche-herbstferien-ab-2020/400410368>

<sup>8</sup> wie Fußnote 1,2,3 – alle on-line abgerufen am 20.2.2019. <https://derstandard.at/2000097348729/Pflichtschulleitern-fordern-Gratisbetreuung-fuer-Herbstferien>

Brennpunktschulen schicken. 9 Ge- kommen sind die damals nicht, und seither auch nicht. Seither wird an diesen Kindern, die nicht Deutsch als Umgangssprache haben, noch mehr gespart.

### Schüler mit nicht-deutscher Umgangssprache

Anteil in Prozent, Schuljahr 2016/17

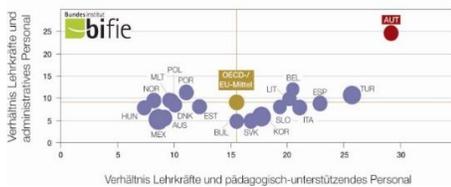


Grafik: © APA, Quelle: APA/Statistik Austria

APA

### Verhältnis Lehrkräfte und unterstützendes Personal

OECD-TALIS Studie 2008/2009 - Internationaler Vergleich



<https://sysmonitor.wortpress.com/tag/lehrer-unterstuetzung-schulpsychologie-talis/>

Aber selbstredend auch an deren Lehrkräften: Derzeitiges Fazit: Alle JunglehrerInnen, die nächstes Jahr an unsere AHS kommen, haben KEINEN sanften, professionell betreuten Einstieg in ihren Beruf mehr. Das Unterrichtspraktikum gibt es dann nicht mehr. Dafür dürfen diese jungen KollegInnen dann um weniger Geld mehr Stunden unterrichten.

In Maturaklassen, die ich befragt haben, möchte kaum jemand mehr LehrerIn werden. Diese würde man aber dringend brauchen. Denn in den nächsten 10 Jahren geht die Hälfte aller Lehrkräfte in Pension. Bildungspolitik vom Feinsten.

Aber dafür haben wir bald Herbstferien und die Religion unserer

muslimischen SchülerInnen heißt in ihren Zeugnissen jetzt „IGGÖ“.

### Warum eigentlich?

Erfolg hat man derzeit politisch nur dann, wenn man Mauern baut, Flüchtlinge nach Afghanistan zurückschickt oder Rauchen und Schnelfahren freigibt. Wie überall in Europa sind auch in Österreich rechtspopulistische Kräfte im Aufwind, bei uns sogar in der Regierung. Warum ist das so? Weshalb verlieren die traditionellen Parteien der Mitte, die Sozialdemokratie mancherorts dramatisch, an Glaubwürdigkeit? Was bringt den berühmten „kleinen Mann“ dazu, einen Trump, Erdogan, Salvini, Strache oder Orban zu wählen?

Einige Erklärungsversuche dazu: Es kann durchaus daran liegen, „dass selbst in Wohlfahrtsstaaten mit einem ausgeklügelten Sozialsystem längst nicht alle Bürger vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren. Die Kluft zwischen jenen, die gut oder zumindest ausreichend Geld verdienen, und jenen, die kaum noch über die Runden kommen, wird immer größer“<sup>10</sup>. „Es gibt einen Graben zwischen denen, die weiterhin vom Liberalismus profitieren, die in Zukunftsberufen arbeiten, und den Leuten, die Dienstleistungsberufe haben, als Krankenschwestern, als Sekretärin und auch Arbeiter. Sie haben das Gefühl, festzustecken und nicht voranzukommen“<sup>11</sup>

Ja, das haben auch wir LehrerInnen gespürt, dass weder für unsere Arbeitsbedingungen noch für unsere

Gehälter „genug da war“. Es gibt wohl kaum ein traurigeres Resumé für die Austro-Bildungspolitik der letzten 25 Jahre, als dass sich fast jede Lehrkraft die Rahmenbedingungen der 80er-Jahre zurückwünscht: keine Stundenkürzungen im Ausmaß von einem ¾ Jahr an einem 8-jährigen Gym, eingerechnete KV-Stunde, mehr MDL-Zuschlag usw. usw. Gekriegt haben wir eine Menge Pflichtenhefte – und viel dumme Nachrede. Wenn es etwas nicht gab in der Bildungspolitik, dann war es Ehrlichkeit (und natürlich auch keine zusätzlichen Ressourcen).

„Was wäre wohl los im Staate Deutschland, wenn die vormalige Arbeiterpartei SPD sagen würde, dass die Produktion von Geringqualifizierten bis zur Mitte des nächsten Jahrzehnts weitgehend eingestellt werden muss, indem das pädagogische Personal in den Schulen verdoppelt wird? Schließlich wird in den heillos überforderten Schulen heute Integration, Inklusion, Wissenskanon, Digitalisierung und Teamwork zugleich gelehrt – und zumeist steht noch immer ein Lehrer vor 25 Schülern, womit das "Scheitern" von etwa einem Drittel der Schüler quasi vorprogrammiert ist, die dann später "Geringqualifizierte" werden. Auch diese Frage avanciert nun gerade von einer graduellen zu einer qualitativen, da Abermillionen "einfache" Arbeiten durch Digitalisierung und Robotisierung gefährdet sind. Es wäre, kurz gesagt, die Hölle los, wenn die SPD so etwas fordern würde, aber vor der Hölle hat die Partei Angst,

<sup>9</sup> <https://kurier.at/politik/inland/schulreif-aber-keine-deutschenkenntnisse-was-tun/275.809.592>

<sup>10</sup> Klingst, Martin. Warum trauen so viele der Demokratie nicht, obwohl wir einen

Aufschwung erleben? In: DIE ZEIT. 27.12.2018 S.23

<sup>11</sup> Annie Ernaux. Radisch, Iris. Im Auge des Zyklons. Ein Gespräch mit Annie Ernaux über den Aufstand der Gelbwesten und den tiefen Graben zwischen französischer

Provinz und Großstadt. In: DIE ZEIT 5, 6.12.2018 S.45

weil sie sich im Fegefeuer so häuslich eingerichtet hat.<sup>12</sup> Ein solches „Fegefeuer“ an Bildungspolitik hat die SPÖ in diesem Jahrtausend 10 Jahre lang verwaltet. Da dürfen seit 2017 auch MEHR als 25 Kids in den Klassen sein – dank „Autonomiepaket“. Minister Fassmann hat es ja richtig gut: Die meiste Dreckarbeit an Kürzungen haben ihm seine Vorgängerinnen ja schon abgenommen. Weil die halt leider, leider für Schule nie genug Geld gekriegt hatten – übrigens von ÖVP-Finanzministern. Denn im 21. Jahrhundert stellte IMMER die ÖVP die Finanzminister. Aber die drei roten Damen nahmen das zur Kenntnis und sparten ein. Und erklärten das (mit bürgermeisterlicher Unterstützung) für moralisch ok., da LehrerInnen ja eh faule Hunde (mit Absicht nicht gegendert) wären. Das hat uns LehrerInnen nicht getaugt.

Und so ging es vielen Gruppen. Franco Berardi erklärt sich so den Zuwachs zu den Rechtspopulisten und auch gleich die Demokratie für tot: „Die europäischen Mitte-links-Regierungen ... verbündeten sich mit den arroganten, durch die von Deutschland geführte Fiskalregierung auferlegten Belastungen, betrogen die Griechen und besiegelten mit dieser Kurzsichtigkeit gleich auch ihr eigenes Schicksal. Weil es sich den Wünschen des globalen Finanzsystems gebeugt hatte, wurde das neoliberale Mitte-links-Lager zum Ziel für die allgemeine Abscheu allenthalben. ... Nach dieser Demütigung setzten sich die verarmten Arbeiter massenhaft vom linken Flügel des politischen Spektrums ab

und stimmten in einem Land nach dem anderen für Parteien der Rechten. Die Wiederkunft des Nationalismus war das Ergebnis dieser sozialen Demütigung, und die Union geriet zeitgleich in eine lange Phase der Lähmung. Der Triumph der Euroskeptiker in Italien markiert nun ihr Ende.<sup>13</sup> Berardi sieht in der italienischen Regierung keinen Ausdruck rationaler Entscheidungen, sondern „vielmehr ist sie ein Ausdruck von Rache.“<sup>14</sup> Und Annie Ernaux zitiert eine französische Mittelschichtfrau: „Wir arbeiten und arbeiten, aber unseren Kindern wird es schlechter gehen als uns. Der Oberbegriff für das alles ist: Die Schnauze voll haben. ... Jetzt hat man das Gefühl, dass dieses republikanische Versprechen (la égalité, Anm. MZ) ein Witz geworden ist.“<sup>15</sup> Ernaux konstatiert außerdem: „Was neu ist, ist la rage, die Wut.“<sup>16</sup>

Ähnliche Befunde aus Österreich: „Wenn Arbeitszeitgesetze und Feiertagsregelungen auf Zuruf von Großspendern umgeschrieben werden; wenn Regierungen der Klimakatastrophe entgegenschlummern, um sich nicht mit mächtigen Industrieverbänden anzulegen; wenn Banken, die mit unfassbaren Steuermilliarden gerettet werden mussten, die Politik bestimmen statt umgekehrt: Dann erzeugt das berechtigten Ärger und ein Gefühl der Ohnmacht, das sich die Rechten zunutze machen können.“<sup>17</sup>

Das Allerschlechteste, was die Sozialdemokratie aber dann machen kann, ist es, den Populisten in deren Pseudo-Lösungen nachzueifern. Nicht „der Fremde“ ist schuld, dass

unsere Schulen renovierungsbedürftig sind, und deren Rausschmiss hilft niemandem.

Nicht autoritäres Sägen an Grund- und Menschenrechten hilft aus unserem Dilemma, sondern endlich die Steuern von Großkonzernen eintreiben, damit wir uns wieder herzeigbare Schulen leisten können. Und trotz aller Kritik NIE den Boden der Demokratie verlassen, stets den kritischen, aber offenen (und nicht arrogant-moralisierenden) Diskurs suchen. Nie deren Sprache übernehmen! „Es muss schon aus der Art des Sprechens klar hervorgehen, dass die Demokratie auch dann den Vorrang behält, wenn die Mehrheit nachhaltig irrt und diese Gesellschaft wie die Natur tiefer in die Krise treibt“<sup>18</sup>

Kümmern wir uns endlich wieder um das WICHTIGE in der Politik. Nicht um Polizeipferde, Rauchen im Gasthaus, Tempo 140 oder Herbstferien.

**Wir brauchen Umweltschutz und Schutz vor Altersarmut. Wir brauchen muntere (und nicht übermüdete) Lehrkräfte! Diese brauchen Unterstützung durch Sozialarbeiter, Schulpsychologen, Zweitlehrer, Legasthenie-Trainer (und das natürlich alles mit -Innen)! Wir brauchen einen sanften Einstieg in den Lehrberuf für unsere Jungen. Und NICHT das Induktionschaos, das uns ab Herbst blüht. Lasst uns all das angehen. Denn es gibt viel sinnvollere Ziele als Fremde vertreiben, Mauern hochziehen oder Routen zu schließen.**

<sup>12</sup> Ulrich, Bernd. Wie radikal ist realistisch? Zit. nach: <https://www.zeit.de/2018/25/demokratie-deutschland-politische-mitte-radikalitaet-westen/seite-5>

<sup>13</sup> Berardi, Franco. Die Demokratie ist tot. In: [derstandard.at/2000081661402/Die-Demokratie-ist-tot](http://derstandard.at/2000081661402/Die-Demokratie-ist-tot)

<sup>14</sup> Ebenda

<sup>15</sup> Annie Ernaux. Radisch, Iris. Im Auge des Zyklons. Ein Gespräch mit Annie Ernaux über den Aufstand der Gelbwesten und den tiefen Graben zwischen französischer Provinz und Großstadt. In: DIE ZEIT 5, 6.12.2018S.45

<sup>16</sup> ebenda

<sup>17</sup> Herr, Julia. Raus aus dem Kielwasser rechter Angstmacher. In: STANDARD. 2./3. März 2019 S. 47

<sup>18</sup> Ulrich, Bernd. Wie radikal ist realistisch? Zit. nach: <https://www.zeit.de/2018/25/demokratie-deutschland-politische-mitte-radikalitaet-westen/seite-5>

# Fokus

## Gewerkschaft

### Pflegezeit

Herabsetzung der Wochendienstzeit von 1 Monat bis 3 Monate auf bis zu 25 % der Vollbeschäftigung.

Für jede zu pflegende Person ist die Pflegezeit grundsätzlich nur einmal möglich, eine Änderung der Pflegestufe ermöglicht einmalig die Inanspruchnahme einer weiteren Pflegezeit.

Wird zur Pflege einer/eines nahen Angehörigen mit mind. Pflegegeldstufe 3 oder zur Pflege einer/eines an Demenz erkrankten oder minderjährigen nahen Angehörigen mit Anspruch auf Pflegegeld hier ab der Pflegegeldstufe 1 gewährt.

### Pflegekarenz

Gleiche Dauer und Voraussetzungen wie bei Pflegezeit.

Zusätzliche Gewährung zur Pflege eines im gemeinsamen Haushalt lebenden behinderten Kindes, für das erhöhte Familienbeihilfe gewährt wird (längstens jedoch bis zur Vollendung des 40. Lebensjahres des Kindes)

Pflegekarenzgeld entspricht der Höhe des Arbeitslosengeldes; bei Pflegezeit wird die Geldleistung anteilig vom reduzierten Einkommen errechnet.

Er ist zur Hälfte für die Vorrückung und zur Gänze für die ruhegenussfähige Gesamtdienstzeit anrechenbar.

### Bildungskarenz

Gewährung max. 1 Jahr

Weiterbildungsgeld: Höhe des Arbeitslosengeldes, mind. jedoch 14,53 € täglich

Voraussetzungen:

- Erfüllung einer Anwartschaft auf Arbeitslosengeld
- Arbeitsverhältnis von mind. 6 Monaten ununterbrochener Dauer
- Beschäftigung war arbeitslosenversicherungspflichtig
- Nachweis einer Bildungsmaßnahme in einem vorgegebenen Ausmaß
- Vereinbarung einer Bildungskarenz nach § 11AVRAG oder gleichartiger Karenzierung

Kranken- und Unfallversicherungsschutz besteht

Zeiten werden bei der Pensionsermittlung berücksichtigt

### Bildungsteilzeit

maximal 2 Jahre innerhalb von 4 Jahren:

- beide Jahre zur Gänze durchgehend
- einzelne Teile (mind. 4 Monate)
- Kombination mit einer Bildungskarenz

Bildungsteilzeitgeld: 0,80 € für jede volle Arbeitsstunde, um die die wöchentliche Normalarbeitszeit verringert wird pro Tag

Voraussetzungen:

- Siehe Bildungskarenz und
- Herabsetzung der wöchentlichen Normalarbeitszeit um mind. 25 % bis max. 50 %; Arbeitszeit mind. 10 Stunden (5 Unterrichtsstunden), Entlohnung über Geringfügigkeitsgrenze

# Erreichbarkeiten in den Bundesländern

	<p><b>Mag. Michael Zahradnik</b>                  Stv. Vorsitz Gew. AHS                  Zentralausschuss</p> <p><a href="mailto:michael.zahradnik@inode.at">michael.zahradnik@inode.at</a>                  0676/541 42 35</p>
---	---

	<p><b>Mag. Isabella Kaiser</b>                  FA Wien</p> <p><a href="mailto:isabella.kaiser@my.goed.at">isabella.kaiser@my.goed.at</a>                  0676/336 98 32</p>		<p><b>Mag. Thomas Hostek-Pichler</b>                  FA Wien</p> <p><a href="mailto:thomas.hostek@bildung.gv.at">thomas.hostek@bildung.gv.at</a>                  01/ 203 23 55 26</p>
	<p><b>MMag. Patricia Gsenger</b>                  FA und LL Niederösterreich</p> <p><a href="mailto:patricia.gsenger@my.goed.at">patricia.gsenger@my.goed.at</a>                  0676/686 16 77</p>		<p><b>Alexander Knes</b>                  FA und LL Kärnten</p> <p>0650/5774587</p>
	<p><b>Mag. Tatjana Schmid-Schutti</b>                  Zentralausschuss                  FA Oberösterreich</p> <p><a href="mailto:tatjana.schutti@a1.net">tatjana.schutti@a1.net</a>                  0676/634 35 93</p>		<p><b>Mag. Heidi Petermichl</b>                  BL Gew. AHS                  LL Oberösterreich</p> <p><a href="mailto:heidi.petermichl@my.goed.at">heidi.petermichl@my.goed.at</a></p>
	<p><b>MMag. Dr. Brigitte Jahn</b>                  FA Salzburg</p> <p><a href="mailto:brigitte.jahn@bildung.gv.at">brigitte.jahn@bildung.gv.at</a>                  0676/7809998</p>		<p><b>Mag. Hermann Mittersaksmöller</b>                  LL Salzburg</p> <p><a href="mailto:mittersaksmöller@aon.at">mittersaksmöller@aon.at</a>                  0699/ 117 481 94</p>
	<p><b>Mag. Helena Kahr</b>                  FA und LL Steiermark</p> <p><a href="mailto:helena.kahr@aon.at">helena.kahr@aon.at</a></p>		<p><b>Mag. Michael Schicker</b></p> <p><a href="mailto:schigge@yahoo.de">schigge@yahoo.de</a>                  0664/ 370 42 49</p>
	<p><b>Mag. Hannes Aublinger</b></p> <p><a href="mailto:hannes_aublinger@hotmail.com">hannes_aublinger@hotmail.com</a>                  0680/132 15 27</p>		<p><b>MMag. Dr. Markus Neuhold</b></p> <p><a href="mailto:markus.neuhold@my.goed.at">markus.neuhold@my.goed.at</a></p>